

### Ins Kaufhaus

**Vom Staatsbesuch des chinesischen Parteichefs Hua Kuo-feng Ende Oktober in Bonn erwartet die deutsche Wirtschaft neuen Schwung für alte Projekte.**

Das Bonner Kabinett suchte sich am vergangenen Mittwoch ein Bild von einem Mann zu machen, der einer der wichtigsten und zugleich unbekanntesten Staatsgäste der letzten Jahre sein wird: Chinas Ministerpräsident und Parteichef Hua Kuo-feng, Ende Oktober zu Besuch in der Bundesrepublik.

Das Ergebnis fiel mager aus. Dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte Hua vor zwei Jahren als einzigem Bonner Kabinettsmitglied eine Audienz gewährt, seither entsinnt sich der Vizekanzler gern der angenehmen Stimme des Vorsitzenden.

Andere China-Touristen am Kabinettschiff hatten noch weniger beizutragen. Innenminister Gerhart Baum — im Sommer hatte er sich aus Peking eine Wärmeflasche mitgebracht — legte dem Kanzler die Lektüre der Hua-Rede vor dem 5. Chinesischen Volkskongress ans Herz, wer die gelesen habe, begreife die Grundlinien der neuen Peking-Führung.

Und Bauernminister Josef Ertl wußte zu berichten, daß Hua „irgendwann einmal Landwirtschaftsminister“ gewesen sei, „in einer chinesischen Provinz“. Im übrigen, dozierte er, sei Landwirtschaft von großer Bedeutung für China.

Dann kam die Runde zur Sache und diskutierte, ob man sich antisowjetischer Tiraden in den Tischreden des Besuchers zu erwehren habe.

Hua neige zwar nicht zur Polemik, und wegen der gerade laufenden bilateralen Gespräche zwischen Moskau und Peking, so glaubt Genscher zu wissen, werde sich der Chinesen-Chef mit Ausfällen gegen die Sowjets zurückhalten — schon deshalb, weil Peking im chinesisch-vietnamesischen Konflikt nicht noch stärker mit Moskau selbst konfrontiert werden will.

Dennoch: Helmut Schmidt hat sich, so ein Kanzlerberater, „gedanklich vorbereitet“, damit er allen Verlockungen der Erzfeinde Moskaus widerstehen kann. Kanzlergehilfe Hans-Jürgen Wischnewski steuerte dazu die Erkenntnis bei: „Ich weiß, daß Berlin nicht bei Peking liegt.“ Sollte heißen: China ist keine Signatarmacht des Viermächteabkommens über Berlin, ohnehin dürfe Bonn nicht einmal den Anschein einer gegen Moskau gerichteten Allianz-Politik erwecken.

Dies scheint auch Huas Diplomaten am Rhein nicht verborgen geblieben zu sein, auch wenn sie deutsche Gesprächspartner gern nach den Wahlchancen des China-Fans Franz Josef Strauß fragen. Das frühere chinesische Interesse an einer Achse Bonn-Peking schwindet, seit Maos neue Erben ihre ideologische Scheu vor Außenkontakten abgelegt und sich, so der China-Reisende Hans Dedi vom Versandhaus Quelle, „dem Primat der Wirtschaft gebeugt haben“.

Vom Ehrgeiz der neuen chinesischen Führer, die ihr Land auch um den Preis lange verpönter Westkredite zu einer führenden Industrienation machen wollen, zeugen seit dem Abgang der radikalen Viererbande immer wieder Pulks neugieriger Chinesen, die deutsche Kohlegruben oder Chemiefabriken besichtigen.



**Chinas Parteichef Hua**  
Angenehme Stimme

Den Staatsbesuchern aus Peking haben die Bonner ein entsprechend facettenreiches Besichtigungsprogramm verordnet. Im Hubschrauber überfliegt Hua das niederrheinische Braunkohlerevier, er besichtigt Thyssens Edelfabrikwerke in Krefeld, die Renommierunternehmen Mercedes und Siemens. An Bord von „MS Hans Albers“ wird er von den St.-Pauli-Landungsbrücken ablegen und durch Hamburgs Hafen zur Airbus-Firma MBB fahren, und in Münchens Fußgängerzone haben die Gastgeber einen „Zivilisationsschock“ (ein Bonner AA-Mann) eingeplant: Hua soll ein Kaufhaus besuchen.

Von Pekings Regierungschef und seinem für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Vize-Premier Jü Tschü-li erwartet die deutsche Wirtschaft neuen Schwung für alte Projekte. Die Deutschen, seit Monaten mit den Chinesen

im Gespräch über 18 gigantische Industrieprojekte — vom Steinkohlebergbau über Hüttenwerke und Chemieanlagen bis zu Werkzeugfabriken und Zinnhütten —, klagen über schleppende Verhandlungen. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, freilich warnt vor allzu großen Erwartungen: „Die Chance sollten wir nicht überschätzen.“ Manche Unternehmen hätten den Fehler gemacht, „Anfragen als Aufträge zu behandeln“.

Der Ost-Unterhändler rechnet damit, daß nur ein Bruchteil des langfristig auf einen Umfang von gut 45 Milliarden Mark geschätzten China-Geschäfts verwirklicht wird. Und auch Wirtschaftslenker Helmut Schmidt fragte am Mittwoch skeptisch: „Wie wollen die denn das alles bezahlen?“

## WÄHRUNGSPOLITIK

### Klagen nutzlos

**Nach den jüngsten Schwächeanfällen des Dollar hat Bonn resigniert: Den Amerikanern ist derzeit nicht zu helfen.**

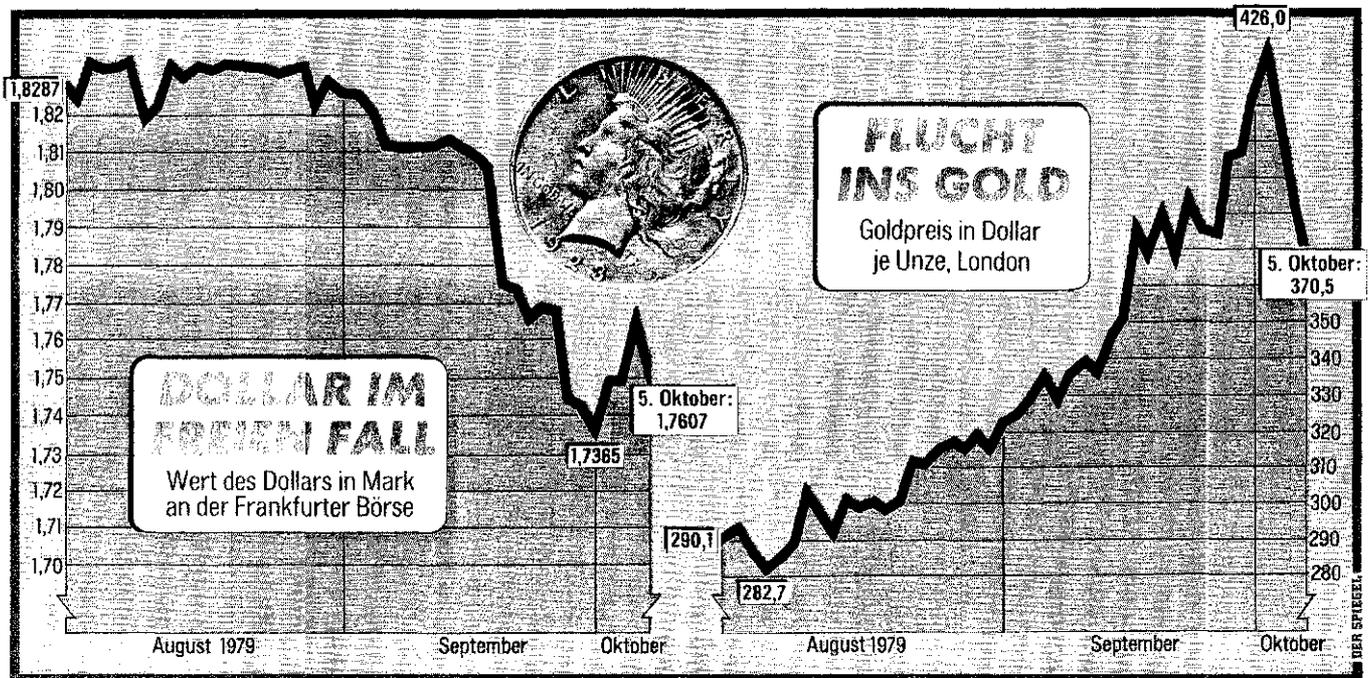
Im Flugzeug zwischen Hamburg und Belgrad betete Finanzminister Hans Matthöfer den kranken Dollar gesund. Über ein rotes Megaphon — um den Fluglärm zu übertönen — pries der Deutsche den Mitreisenden, wie ein Ausrufer beim Ramschverkauf, die „eindrucksvollen amerikanischen Bemühungen um Stabilität“.

Die US-Konjunktur, fand Matthöfer, stehe allenfalls vor einer kleinen „Delle“. Die amerikanische Zahlungsbilanz, mit ihren Minussalden seit je ein Inflationssherd, sei bald in Ordnung.

Einige Flugkilometer voraus, in einer Boeing 707 der US-Regierung, jetteten Finanzminister William Miller und Notenbankchef Paul Volcker zusammen mit den deutschen Währungsexperten Manfred Lahnstein und Karl Otto Pöhl zur Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Jugoslawien. Die Herren, die — wie Matthöfer — vom Mittagsmahl bei Kanzler Helmut Schmidt in Hamburg kamen, verzichteten auf gemeinsames Gesundbeten. Sie flogen nur zusammen, weil die US-Maschine „so schöne Sessel“ (Pöhl) hat.

Ansonsten waren Deutsche und Amerikaner gerade einig geworden, uneinig zu sein. Konsequenz: Der abschüssige Lauf des Dollar sollte nicht durch massive Interventionen am Devisenmarkt gebremst werden, die Regierungen wollten „nichts gegen die Tendenz“ (Matthöfer) unternehmen.

„Soll er doch plumpsen“, berichtete Pöhl später den beiden Experten der Bonner CDU/CSU-Opposition, Rudolf



Sprung und Friedrich Voss, „irgendwo wird er seinen Wert mal finden.“

Die Deutschen gaben jede Hoffnung auf, daß Washington in naher Zukunft eine Wirtschaftspolitik betreiben könnte, die den Dollar stärkt und zugleich die zerbrechende Reputation der US-Regierung kiten hilft.

Drei Stunden lang hatte der Kanzler auf Jimmy Carters Währungsleute in Hamburg eingeredet, wegen der amerikanischen Vorherrschaft auf außenpolitischem und militärischem Gebiet sei auch wirtschaftlich eine „starke Position“ Washingtons (Schmidt) nötig. Die Bonner wollen und können mit ihrer Mark „keine Führungsfunktion“ (Schmidt) übernehmen.

Das sahen die Besucher Miller und Volcker ebenso — und versicherten, ihr Präsident und sie seien uneingeschränkt zum Führen bereit und auch fähig. Freilich wollten die beiden, so schilderte ein Teilnehmer den Auftritt, ihre Rolle am besten mit starken Worten und einem, aus Eigennutz, bewußt abgewerteten Dollar spielen. „Die haben sich verhalten“, empörte sich ein Zuhörer, „wie Imperialisten.“

Als sich während der Belgrader Konferenz die Anzeichen mehrten, der Dollar dürfe künftig den freien Fall üben, liefen die angereisten Notenbanker und Geldmanager Amok. Sie besetzten die 18 im Konferenzzentrum installierten Auslandstelephonleitungen, um fernmündlich Devisen zu handeln. Nur der schweizerische Nationalbankchef Fritz Leutwiler wurde, weil er ein Pressekabel nutzte, vom Telephon verjagt.

Für Stunden sackte der Dollar auf einen neuen Tiefstkurs, ein Run ins Gold begann (siehe Graphik). Der südafrikanische Finanzminister Owen

Horwood, der sein Budget zum großen Teil durch Einnahmen aus Südafrikas Goldbergwerken finanziert, strahlte als einziger vor Glück und bedankte sich bei den Deutschen. Die Notenbanken in Frankfurt und New York mußten, entgegen der Hamburger Abrede, 1,3 Milliarden Mark auswerfen, um die US-Valuta zu stützen und eine Panik zu verhindern.

Denn im Gegensatz zu Matthöfers optimistischen Sprüchen ist die wahre Lage der US-Konjunktur eher chaotisch. Bei einer Inflationsrate von 13 Prozent — mit steigender Tendenz — wächst die Arbeitslosigkeit. Im Präsidenten-Wahljahr droht eine Rezession, da Volcker mit hohen Zinsen zunächst einmal die Inflation bekämpfen muß.

Ihr Öl bezahlen die USA weiter mit frischgedruckten Dollars, ihr Zahlungsbilanzdefizit wird allerdings sinken, weil die Sowjets eine Mißernte einführen: Die Farmer im Mittelwesten exportieren riesige Mengen Getreide. Da zudem die Geschäfte im Inland flauer werden, drängen die Yankees auch mit Industriegütern ins Ausland — mit mehr Exporten dank billigerer Dollar.

Dagegen wollen die Deutschen nun trotz des Rückfalls zu Beginn voriger Woche nicht mehr angehen. Die Bonner haben resigniert (Matthöfer: „Es gibt Dinge, da ist alles Klagen nutzlos“). Zudem kommt auch ihnen ein niedriger Dollar-Kurs nicht völlig ungelegen: Bei einer deutschen Inflationsrate von voraussichtlich knapp sechs Prozent gegen Jahresende hat für den Kanzler die eigene Stabilitätspolitik absoluten Vorrang. Schmidt muß verhindern, daß die Wähler im nächsten Jahr mit neuen Preisrekorden erschreckt werden.

Jede weitere Milliarde zur Kursstützung des Dollar würde aber, weil neues Geld, unweigerlich auf das Preisniveau durchschlagen. Von den am Wochenanfang eingekauften Riesensummen trennte sich denn auch die Bundesbank schon 24 Stunden später wieder.

Auch die in Belgrad versammelten 5000 Währungsspezialisten aus aller Welt zeigten sich zumeist frustriert und machten keinen Versuch mehr, das Dollar-Übel mit Wurzelbehandlung zu heilen. Denn die amerikanischen Wirtschaftslenker denken nicht daran, ihr Privileg aufzugeben, Zahlungsbilanzdefizite durch Notenpressen finanzieren zu können.

Selbst der Notplan von IWF-Experten, auf einem „Substitutions-Konto“ Dollar-Reserven anderer Länder einzufrieren, kollidiert mit Washingtons Eigeninteresse: Es möchte die Zinskosten für dieses Konto nicht übernehmen.

Angesichts dieser Haltung überkommt die Deutschen, vom Banker bis zum Kabinettsmitglied, eine Mischung aus Trotz und Beklemmung, „ein un gutes Gefühl“ — so WestLB-Chef Johannes Völling. Oder Durchhaltewille: „Wir müssen die nächsten Monate überstehen“ (Deutschbankier Friedrich Wilhelm Christians).

Ein Teilnehmer des Hamburger Spitzentreffens beim Bundeskanzler qualifizierte US-Finanzminister Miller sogar als „Ignoranten“ und „komplexbeladenen Emporkömmling“.

Helmut Schmidt selbst faßte seinen Eindruck von der Wirtschaftspolitik der westlichen Führungsmacht und ihren Repräsentanten letzte Woche mit einem einzigen Wort zusammen: „Erschreckend.“